An American Newspaper which stands for American ideals and principles —published in the German language for American citizens who read German

Tägliche Omaha Tribüne

PUBLISHED AND DISTRIBUTED UNDER PERMIT (No. 364), AUTHORIZED BY THE ACT OF OCTOBER 6, 1917, ON FILE AT THE POST OFFICE OF OMAHA, NEBR BY ORDER OF THE PRESIDENT A. S. BURLESON, POSTMASTER-GENERAL

35. Jahrgang. Omaha, Neb., Samstag, den 12. Juli 1919. 8 Seiten.—Nr. 104.

Nebraska State Historical Society

Die Blockade gegen Deutschland gehoben

Der Rat der „Großen Fünf" setzt die deutsche Regierung hierüber in Kenntnis; militärische Aktion gegen Ungarn geplant

Clemenceau zufrieden; die Türken verzweifelt

Paris, 12. Juli. — Der Rat der Großen Fünf hat heute der deutschen Regierung eine Note zukommen lassen, in welcher dieselbe in Kenntnis gesetzt wird, daß deren Ratifikation des Friedensvertrages akzeptiert worden ist und daß die verschiedenen alliierten Regierungen Schritte zur Hebung der Blockade getan haben.

Der Fünferrat berät gegenwärtig über die Tunlichkeit, die Blockade gegen Rußland aufzuheben, da man einsieht, daß eine wirksame Blokkierung der russischen Grenze, jetzt nachdem die Blockade gegen Deutschland aufgehoben worden ist, kaum möglich sein wird. Amerikanische Delegaten halten die russische Blockade an und für sich ungesetzlich.

Italien stellte heute die Forderung, daß ihm die österreichischen Konzessionen in Tiensin, China, zugesprochen werden. Wie es gegenwärtig in dem Friedensvertrag mit Oesterreich heißt, sollen die Konzessionen an China zurückfallen.

Aufhebung der Blockade.

Paris, 12. Juli. — Es wurde gestern abend bekannt gegeben, daß der Rat der Fünf im Laufe des heutigen Tages die über Deutschland verhängte Blockade aufheben würde. Der Fünferrat kam zu diesem Entschluß, nachdem er offiziell von der Ratifikation des Vertrages seitens Deutschlands unterrichtet worden war.

Oedenburg kommt zu Oesterreich.

Paris, 12. Juli. — Wichtige, für Oesterreich günstige territoriale Aenderungen werden in dem Vertragsentwurf enthalten sein, der den österreichischen Delegaten in St. Germain überreicht wurde. Eine Durchsicht der Konferenzkarte, die die Grenzen des neuen Oesterreichs festsetzt, zeigt daß Oesterreich im Osten durch Terrain vergrößert werden soll, das früher zum Königreich Ungarn gehörte. Dies stellt eine bemerkenswerte Aenderung gegenüber den am 2. Juni überreichten Friedensbedingungen dar. Damals hatten die Alliierten die alten Grenzen Ungarns und Oesterreichs nicht geändert, obwohl bekannt war, daß 1914 Gegenden mit deutschsprechender Bevölkerung in Ungarn einbezogen waren. Es handelt sich um die Oedenburg-Gegend, die ursprünglich als Verbindung-Korridor zwischen Jugo-Slavia und der Tschecho-Slowakia dienen sollte; dieser Streifen kommt nunmehr gänzlich zu Oesterreich. Ebenso wird Klagenfurt und die Umgebung der Stadt unter österreichische Jurisdiktion kommen. Dagegen wird wahrscheinlich Oesterreich den wichtigen Brückenkopf und Bahnpunkt Preßburg verlieren, den die Tschecho-Slowaken seit dem Waffenstillstand besetzt halten.

Kriegsschiffe nach Fiume beordert.

Paris, 12. Juli. — Die Großen Fünf haben die Entsendung von drei Kriegsschiffen, ein amerikanisches, ein französisches und ein britisches nach Fiume veranlaßt. Dort kam es vor mehreren Tagen zwischen französischen und italienischen Soldaten zu einem blutigen Zusammenstoß. Neuesten Berichten zufolge soll gegenwärtig in der Stadt Fiume selbst Ruhe herrschen.

Türken verzweifelt.

Paris, 12. Juli. —Die Antwort, welche den türkischen Delegaten von Clemenceau zuteil geworden ist, hat in der Türkei ein Gefühl der Verzweiflung wach gerufen. In einer hier aus Konstantinopel eingetroffenen Depesche heißt es, daß der Großwesier resignieren wird.

Militärische Aktion gegen Ungarn.

Paris, 12. Juli. — Marschall Foch sowie Vertreter der Tschecho-Slovaken und Jugo-Slaven besprachen gestern mit dem Obersten Rat einen allenfallsichen Feldzugplan gegen die ungarische Sovietregierung, deren Truppen gegenwärtig die Grenzen Oesterreichs und Tschecho-Slovakias bedrohen. Die Vertreter der beiden genannten Länder wurden angewiesen, von ihren resp. Regierungen in Erfahrung zu bringen, bis zu welchem Maße sie gesonnen sind, sich an dem Feldzug aktiv zu beteiligen. Erst nach Eintreffen der Antwort wird man entscheidend vorgehen.

Clemenceau zufrieden.

Paris, 12. Juli. —Premier Clemenceau erschien vor dem Komitee der Deputiertenkammer, das Empfehlungen über die Ratifikation des Friedensvertrages zu machen hat, und ließ die Umstände, unter welchen der Vertrag abgefaßt wurde, Revue passieren. Er sagte, daß dieselben Schwierigkeiten, welche die Alliierten während des Krieges zu überwinden hatten, sich auch während den Friedensverhandlungen boten, wenn auch in veränderter Form. Die alles überschattende Idee des Vertrages, sagte Premier Clemenceau, war die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung des Weltfriedens durch eine Union der vier großen verbündeten und assoziierten Mächte. Der Premier erklärte, Frankreich habe alle Ursache, mit dem Vertrag zufrieden zu sein, welchem gemäß ihm Schutz gegen einen Ueberfall Deutschlands garantiert wird. Auf die Völkerliga zu sprechen kommend, sagte er, Frankreich müsse versuchen, innerhalb der Völkerliga einen militärischen und Marinegeneralstab herzustellen.

Poincare nach Belgien.

Paris, 12. Juli. — Es verlautet, daß Präsident Poincare in den Tagen vom 22. bis zum 24. Juli Brüssell besuchen wird.

Auflösung eines großen Fischtrustes

Bostoner Fischgroßhändler werden wegen Preistreiberei zu Geld- u. Haftstrafen verurteilt.

Boston, 12. Juli. — Siebzehn Leute, welche mit der Finanz- und Betriebsleitung der Fischindustrie in den Neuenglandstaaten in Verbindung standen, wurden nach dem Korrektionshause gesandt und zu Geldstrafen verurteilt. Sie waren schuldig befunden worden, sich verschworen zu haben, während des Krieges die Fischpreise in die Höhe zu treiben und ein Monopol zu schaffen.

Fünf Beamte und Direktoren der Bay State Fishing Co. von Maine wurden zu je einem Jahre Haft und $1000 Geldstrafe verurteilt. Zwölf Andere, die mit Zweighäusern und mit der Bay State Co. alliierten Firmen in Verbindung standen, wurden zu sechs Monaten Haft und $500 Geldbuße verurteilt.

Die Urteilsvollstreckung in allen Fällen wurde verschoben, bis das Obergericht betreffs von den Angeklagten während der Verhandlung angemeldeten Einwänden entschieden hat.

Das Bundesgericht verfügte heute in Verbindung damit die Auflösung der Bay State Fishing Co. und der Boston Fish Pier Co., unter den Verfügungen des Clayton Antitrukt Gesetzes. Das Gericht gab die Ansicht ab, daß diese beiden Firmen eine überwältigende Kontrolle über den Handel in frischen Fischen in den nordatlantischen Staaten ausübten.

Anleihe an Tschecho-Slowakia.

New York, 12. Juli. —Ein Syndikat New Yorker Banken wird der Republik Tschecho-Slowakien einen Kredit von $25,000,000 gewähren, welcher von der Regierung der Ver. Staaten garantiert wird. Bis jetzt sind $6,300,000 gezeichnet worden. Die Anleihe ist in 90 Tagen einlösbar und darf in Bundesreservebanken diskontiert werden. Das Geld soll hauptsächlich zum Ankauf von Baumwolle verwendet werden.

Es ist von großer Bedeutung, daß eine Nation eine große Vergangenheit haben sollte, auf die sie zurückblicken kann, hat der Engländer Samuel Smiles einmal geschrieben.

Deutsche sind wieder „harmlos"

Die Bestimmungen für feindliche Ausländer vom 20. Juli ab teilweise aufgehoben.

Washington, 12. Juli.—Die Unterzeichnung des Friedensvertrags mit Deutschland hat die Entscheidung des Justizdepartements zur Folge gehabt, daß die große Mehrheit von deutschen und österreichischen feindlichen Ausländern, die sich jetzt auf Parole (Ehrenwort) auf freiem Fuß befinden, gefahrlos aller Parolierungs-Verpflichtungen entbunden werden können.

Bundesgeneralanwalt Palmer erließ folgende Instruktionen an die Distriktsanwälte:

„Sie sind hiermit angewiesen, die nötigen Schritte zu tun, um alle Parolierungs - Beschränkungen für Personen in Ihrem Distrikt, am 20. Juli in Kraft tretend, aufzuheben, mit den folgenden Ausnahmen:

„1. Die Parolierungen aller Personen, die nach dem 15. Juli auf Parole freigegeben werden, sind nicht aufzuheben, sondern sollen bis auf weitere Notiz in voller Kraft und Wirksamkeit bleiben.

„2. Die Parole aller feindlichen Ausländer, wenn sich solche in Ihrem Distrikt befinden, von denen Sie glauben, daß sie nicht ohne Schaden für die öffentliche Sicherheit aus der Parole entlassen werden können.

„3. Die Parolen aller feindlichen Ausländer, die zeitweilig wegen Krankheit paroliert wurden aus Internierungslagern, zum Zwecke von Repatriierung oder irgend einem besonderen Grunde ohne Rücksicht auf den Tag der Freigabe.

„4. Nach dem 15. Juli werden die Vertreter des Departments in Internierungslagern instruiert werden, solche feindliche Ausländer, die keine spezielle Ueberwachung nötig haben, unbedingt freizugeben.

„5. Alle feindlichen Ausländer, einschließlich derer, die jetzt aus der Parole entlassen werden sollen, bleiben der Internierung unter Unter-Paragraph 12 der Proklamation vom 6. April 1917 unterworfen, sowie den Bestimmungen der späteren Proklamationen, worin die Internierung gefährlicher feindlicher Ausländer vorgesehen ist."

Es hieß, besagte Parolierungs-Instruktionen würden Anwendung finden auf die meisten während des Kriegs internierten Ausländer, doch war keine schätzungsweise Angabe der Freizugebenden möglich.

Generalbundesanwalt Palmer hat indessen seine von ihm zur Zeit der Ueberführung von Eugene Debs bekannt gegebene Politik in betreff von Bürgern, die unter dem Spionagegesetz überführt wurden, und gefährlicher Ausländer, die sich noch in Gewahrsam befinden, nicht geändert. Palmer sagte, das Departement fahre fort, Fälle von Personen zu revidieren, die unter dem Spionagegesetz überführt wurden, und Befürwortungen von Gnade in einer Anzahl dieser Fälle würden dem Präsidenten Wilson unterbreitet werden. Diese Fälle schließen indessen die von Debs und anderen von „gleicher Wichtigkeit" nicht ein.

Zwischenhändler soll ausgeschaltet werden

Denver, Colo., 12. Juli.—In einer am Freitag hier abgehaltenen Versammlung der Brüderschaft der Eisenbahnmaschinisten und Heizer kam die Sprache auf die hohen Kosten des Lebensunterhaltes, der Gerechtigkeit, aller Lebensbedürfnisse und selbst des Sterbens. Es wurde eine Resolution angenommen, in welcher die Errichtung von öffentlichen Märkten und Kühlanlagen gefordert wird, um dadurch den Zwischenhändler, der die von ihm verhandelte Ware stets bedeutend im Preise hinauftreibt, auszuscheiden. Die Resolution greift gleichzeitig die Großschlächter wegen der von ihnen geübten Nahrungsmittelkontrolle an.

Rassenkampf in Texas ausgebrochen

Austin, Tex., 12. Juli. — Gouverneur Hobby machte heute bekannt, daß eine Kompanie der rühmlich bekannten Texas Ranger und Nationalgardisten von Dallas und anderen Städten nach Long View, Texas, abkommandiert wurden, wo es gestern zu Rassenkämpfen gekommen sein soll, wobei etliche Neger getötet und eine Anzahl verwundet worden sein sollen. Auch wurden etliche Häuser niedergebrannt. Countyrichter Bramlette von Long View hatte um Zusendung von Truppen ersucht.

Bolschewiki töteten 1,700

Schreckliches Wüten derselben in Riga.—Nahrung muß sofort nach dem Osten.

Paris, 20. Juni. Oberst Warwick, der Leiter der amerikanischen Militär-Kommission in den Ostsee-Provinzen, der am 13. Juni aus Riga abreiste und jetzt in Paris weilt, erklärte der Ostsee-Kommission heute, daß die Alliierten sofort Nahrungsmittel und Offiziere nach den Ostseestaaten entsenden sollten, letztere um die Bedingungen des Deutschland gestellten und die Rückziehung deutscher Truppen bezweckenden Ultimatums durchzuführen und zu verhindern, daß das Land nach dem Abziehen deutscher Truppen wieder von den Bolschewiki überlaufen wird.

Oberst Green fügt hinzu, daß sich voraussichtlich 60,000 reguläre Soldaten unter dem Kommando von General v. d. Goltz in Littauen befinden. Außerdem stehen noch mehrere tausend Deutsche und Deutsch-Russen unter dem Kommando des militärischen Diktators von Riga, Major Fletcher. Die gegenwärtigen littauischen Regierungen sind nach Ansicht Greens lediglich deutsche Schöpfungen und finanziell wie organisatorisch von Deutschland abhängig.

Green's Schilderung betont, daß das Bolschewiki-Regiment bei weitem schlimmer war als die Revanche, welche die Letten und die Deutschen nahmen. Die Bolschewiki töteten 1700 Männer, Frauen und Kinder. Major Fletcher hat 4000 angebliche Agitatoren verhaften lassen. 200 von ihnen wurden erschossen und es heißt, daß noch 400 andere erschossen werden dürften. Die meisten derselben sind Mörder, die auch durch jede andere Regierung zum Tode verurteilt werden würden.

Die Lage in Riga hat sich erheblich gebessert. Alles, was die Alliierten befürchteten, ist ein Wiederaufleben des Bolschewikigeistes in Anbetracht der Erfolge der Bolschewiki-Truppen gegenüber den Truppen von Admiral Kolchak im Wolgadistrikt.

Luftschiff meldet Maschinendefekt

London, 12. Juli.—Dem Luftzeugministerium wurde von Ponta Del Gada, Azoren, nachstehende drahtlose Depesche des Lenkballon R-34, der sich von den Ver. Staaten aus auf der Heimreise nach Schottland befindet, übermittelt.

„An Bord des R-34, 8:10 abends Greenwich Zeit (4:10 nachmittags New York Zeit)- Fliegen 4,000 Fuß über den Wolken und machen, trotz eines Maschinendefektes, gute Fortschritte. Werden baldigst niederer fliegen, um den Ozean zu sehen. Alles gesund."

Diesem Bericht zufolge hat der Luftsegler bereits 1,600 Meilen auf seiner Heimfahrt zurückgelegt. Seit der letzten Funkendepesche hat sich die durchschnittliche Stundengeschwindigkeit des Ballon auf etwa 43 Meilen verringert, woran zweifellos der gemeldete Maschinendefekt schuld ist.

Arbeiterunrast in Australien

Sidney, N. S. W., 12. Juli. — Die hiesige organisierte Arbeiterschaft droht mit einem Generalstreik als Protest gegen eine Entscheidung der Provinzialregierung von Kanada, welche der kanadischen National-Eisenbahn das Recht gab, Kohlen für ihren Betrieb in West Virginia, Ver. Staaten, zu kaufen, während die Kohlengräber Neuschottlands arbeitslos sind.

Gefährliche Augen.

San Francisco, Cal., 12. Juli. —Die grünleuchtenden Augen brachten Carlos C. Garcia, einen früheren Oberstleutnant in der Armee Carranzas in die Klauen der Polizei. Er steht unter dem Verdacht, mit einem Fond der Regierung im Betrage von $60,000 durchgebrannt zu sein. Die ungewöhnliche Farbe der Augen Garcias erregten den Verdacht der Polizei und er wurde in dem Augenblick festgenommen, als er $28,000 in einer Bank hinterlegen wollte.

Garcia soll aus Hermosillo, Sonora, mit dem Regierungsgeld in seinem Besitz geflüchtet sein. Er legte ein Geständnis ab, worin er sagte, daß ein Freund in Nogales ihn zur Tat verleitet habe.

Wilson unterzeichnet Bewilligungsvorlagen

Unterhandelt mit Unterstaatssekretär Polk über die mexikanische Angelegenheit.

Washington, 12. Juli. — Präsident Wilson brachte gestern viele Stunden in seinem Amtszimmer zu, um Regierungsgeschäfte, die sich während seiner Heimfahr von Frankreich angesammelt hatten, zu erledigen. Er konferierte mit zwei Kabinettsmitgliedern und unterzeichnete später die Bewilligungsvorlagen für die Armee, Kriegsmarine, Distrikt Columbia und die Nachtragsbewilligungen. Gleichzeitig verlieh er einen Widerruf jenes Gesetzes, unter welchem die Telephon- und Telegraphenlinien des Landes während des Krieges unter Regierungskontrolle kamen, durch seine Unterschrift Gesetzeskraft.

Zahlreiche Petitionen für und auch gegen den Widerruf des Taglicht Spargesetzes lagen gleichfall vor und Präsident Wilson befaßte sich eingehend mit denselben.

Herr Wilson stattete im Laufe des Tages auch dem Armee- und Marinegebäude einen unerwarteten Besuch ab und konferierte bei dieser Gelegenheit mit Sekretär Daniels, sowie auch mit Unterstaatssekretär Polk, in dessen Office er sich etwa eine Stunde lang aufhielt. Er hatte ein Paket wichtiger Regierungsdokumente bei sich und es verlautet, daß er mit Polk über die mexikanische Situation Verhandlungen pflog; auch die Angelegenheiten auf der Friedenskonferenz sollen besprochen worden sein.

Herr Polk wird sich am 21. Juli nach Paris einschiffen, wo er als der Nachfolger des Staatssekretärs Lansing fungieren wird, der am 19. Juli hier eintreffen wird und mit Herrn Polk, vor dessen Abreise noch konferieren wird.

Frankreichs Winzer beschweren sich

Paris, 12. Juli. — Die französischen Wein-Interessen beginnen, einen Druck auf die Regierung auszuüben, um sie zu bewegen, in Washington vorstellig zu werden bezüglich des schrecklichen Schlages, welcher der französischen Wein - Industrie durch die Prohibition in den Ver. Staaten versetzt wird. So lautet ein Bericht des „Petit Journale". Narcisse Cusevier, Präsident der Wein- und Likör-Vereinigung, welche 177 Syndikate repräsentiert, erklärte: „Einer unserer besten Märkten ist den französischen Weinen, Spirituosen und Likören nun verschlossen. Wir verlieren ein Geschäft, welches jährlich 100,000,000 Francs wert war, darunter allein für 40,000,000 Francs Champagner. Französische Weinbauer, Händler, Faß- und Flaschenmacher werden unter amerikanischer Prohibition leiden. Es ist ein unheilvoller Schlag gegen die Wiederbelebung des Geschäfts in Frankreich, wo in 67 Departements Wein angebaut wird.

Wir hoffen, daß die Regierung die Aufmerksamkeit Washingstons auf dieses Resultat der Prohibition in den Vereinigten Staaten lenken wird. Wir wissen, daß wir uns nicht in die inneren Angelegenheiten einmischen können, aber die Folgen dieser Maßregel für Frankreich sind so ernst, daß wir nicht dazu schweigen dürfen. Wenn Amerika nur wüßte, daß unsere Rasse, deren Schneid, Ausdauer und Geduld sich während des Krieges so bewährten, viel ihrer Eigenschaften den Weinen und Cognacs Frankreichs verdankt."

Steigerung der - Lebensmittelpreise.

Chicago, 12. Juli. — Experten der öffentlichen Nutzbarkeiten haben eine Angabe veröffentlicht, woraus hervorgeht, daß die Preise der Le-Lebensmittel seit dem Jahre 1896 um 315 Prozent gestiegen sind. In demselben Zeitraume stiegen die Preise für Kleidung um 230 Prozent und die Steuern um 100 Prozent.

Sonderlöhnung für Soldaten.

Washington, 12. Juli. — Kongreßmann Jones von Texas hat eine Bill eingereicht, wonach jeder Soldat der Armee und Flotte für jeden Monat im aktiven Dienst während des Krieges eine Extra-Löhung von $50 erhalten soll. Um diese Summen zahlen zu können, soll der Schatzmeister ermächtigt sein, Bonds im Betrage von $3,000,000,000 zu vier Prozent Zinsen auszugeben.

Finanznot ist groß, sagt Dr. Dernburg

Das von Ebert unterzeichnete Ratifikations-Schriftstück ein umfangreiches Dokument; deutsche Beamte sind des Friedens froh

Ledebour nach sensationellem Prozeß wieder frei

London, 12. Juli. — Wie Dr. Bernhard Dernburg einem Korrespondenten des Daily Chronicle in Weimar mitteilte, ist die finanzielle Lage Deutschlands schlimm und ungewiß, denn Deutschland wisse immer noch nicht, welche Ansprüche die Finanzkommission der Alliierten verlange. „Wir müssen bedeutend ermäßigte Bedingungen erhalten", sagte er, „sonst bleibt unser Finanzproblem ungelöst und wir brechen einfach zusammen. Wir müssen zehn Millionen Witwen und Waisen sowie Invaliden ernähren und können den Alliierten nur dann Zahlungen machen, wenn wir Kredit erlangen und einen Exportüberschuß aufweisen können."

Ratifikationsdokument umfangreich.

Paris, 12. Juli. — Das deutsche Ratifikationsdokument besteht aus dem Text des Friedensvertrages nebst Anhang und dem auf die Okkupation des Rheinlandes Bezug habenden Uebereinkommen. Die Ratifikation schließt mit dem nachstehenden Paragraphen: „Nachdem das Schriftstück von der gesetzgebenden Körperschaft des Deutschen Reiches angenommen und mit vorgelegt worden ist, erkläre ich hiermit, daß ich den Vertrag, Protokoll und Uebereinkommen ratifiziere, und verspreche hiermit, daß deren Klauseln ausgeführt werden. Ebert, Präsident des Deutschen Reiches.

Beschränkungen auf Einfuhrartikel.

Berlin, 12. Juli. — Jetzt, da die Blockade gehoben worden ist, hat die Regierung beschlossen, vor allen Dingen darauf zu achten, daß nur das Allernotwendigste eingeführt wird, wie Fußzeug und Kleider. Luxusgegenstände und Rohmaterial sollen nur eingeführt werden, wenn dieses profitbringend geschehen kann. Da viele Firmen keinen Kredit haben, beabsichtigt die Regierung Import-Syndikate zu bilden, die jedoch von der Regierung kontrolliert werden.

Ledebour freigesprochen.

Berlin, 12. Juli. — Der gegen den Spartazisten Ledebour angestrengte Hochverratsprozeß hat mit der Freisprechung des Angeklagten geendet. Er selbst hielt seine Verteidigungsrede, in welcher er Ebert und Scheidemann des Verrats beschuldigte. Der Prozeß wurde wahrscheinlich nicht ohne Absicht gerade in der Todesstunde des Deutschen Reiches abgehalten. Die Zeitungsberichte über die vielen Enthüllungen in dem Prozeß wurden durch die Frage, soll der Vertrag unterzeichnet werden oder nicht und durch die Wechsel in der Regierung in den Schatten gestellt.

Man ist des Friedens froh.

Berlin, 12. Juli. — Beamte der Regierung gaben der allgemeinen Befriedigung über das Verhalten der National - Versammlung Ausdruck, daß sie den Friedensvertrag mit einer Stimmenabgabe von 208 zu 115 angenommen habe. Man sah ein, daß das Verhalten der National-Versammlung dazu dienen würde, die Zustände in ganz Deutschland wieder schneller ständig zu machen und die Stellung der Regierung zu stärken.

Man erwartet genügend Nahrungsmittel und billigere Preise und hofft, daß die Unruhen, welche infolge der hohen Preise für Nahrungsmittel eingetreten waren, aufhören werden.

Gegen Auslieferung des Ex-Kaisers.

London, 12. Juli. — Die Zeitungen fast aller Parteien haben sich dagegen ausgesprochen, daß der ehemalige deutsche Kaiser in London prozessiert werden soll, so daß Grund zur Annahme vorliegt, daß von der beabsichtigten Auslieferung des Ex-Herrschers Abstand genommen werden wird. Nur die Northcliffe Zeitungen scheinen die Auslieferung zu befürworten, veröffentlichen jedoch Zuschriften hervorragender Persönlichkeiten, die gegen eine derartige Maßnahme sind. Die einflußreichen politischen Wochenschriften protestieren gegen die geplante Prozessierung. Das frühere Kabinettsmitglied Walter Runciman schreibt: „Ein berechtigtes Gefühl der Erbitterung herrscht gegen den früheren Kaiser. Dasselbe ist in der Tat so bitter, daß das Volk das Gesetz selbst in die Hand nehmen und ihn lynchen könnte." Der „New Statesman" schreibt: „Lasset uns hoffen, daß die holländische Regierung den Knoten für uns durchhaut und uns vor dem Fehler bewahren wird, den letzten Hohenzollern den Herzen seiner enttäuschten Landsleute wieder zuführt."

Gehaltserhöhung für Fordarbeiter

Dieselben werden $7 per Tag erhalten. Reorganisation der Ford Automobilwerke.

Mount Clemons, Mich., 12. Juli. — Wie hier von autoritativer Quelle bekannt wird, hat Henry Ford den Beschluß gefaßt, den Tagelohn seiner Angestellten auf $7 zu erhöhen. Diese Gehaltserhöhung wird wahrscheinlich am 1. August in Kraft treten.

Gleichzeitig wird auch die finanzielle Reorganisation der Ford Motor Company bekannt gegeben, der zufolge Henry Ford, dessen Sohn Edsel B. Ford, der 26 Jahre alte Präsident der größten Automobilfabrik der Welt, und eine andere Person die alleinigen Besitzer der Fordwerke werden. Dies wurde gestern von Frank L. Klingensmith, dem Vize-Präsidenten und Generalgeschäftsführer der Fordwerke, bekannt gegeben. „Lasset uns hoffen, daß die holländische Regierung den Knoten für uns durchhaut und uns vor dem Fehler bewahren wird, den letzten Hohenzollern den Herzen seiner enttäuschten Landsleute wieder zuführt."

Ein Ueberfluß an Lebensmitteln

Washington, 12. Juli. — Das Kriegs-Departement hat noch einen Ueberschuß an Lebensmitteln auf Lager im Werte von $121,000,000, erklärte General A. Marsh dem Untersuchungskomitee des Hauses, und daß der größte Teil davon schon im Monat Februar als Ueberschuß erklärt und dem Publikum zum Kauf überlassen werden konnte. General March gab zu, daß die Ernährungsabteilung des Quartiermeisters Corps sich einer Kritik aussetzte, indem sie gestattete, daß Millionen von Pfund Schinken und Speck in den Armee Lagerhäusern dem Verderben anheim fallen ließ. Die letzten amtlichen Zahlen bezüglich des Vorrats von Lebensmitteln, die am 8. Juli veröffentlicht wurden, melden: daß $34,000,000 an Cornbeef, Speck an $23,600,000, Cornbeef Hash an $10,000,000, Roast Beef an $20,500,000, Gefrierfleisch, einschließlich von Geflügel an $20,000,000, und eingemachtes Gemüse an $23,000,000 im Werte vorhanden ist. March gab die Schuld dem Quartiermeisters Corps, denn es wurde demselben die Vollmacht erteilt, kurz nach der Waffenstillstands-Erklärung, dieselben zu verkaufen.

Deutsche wandern nach Argentinien aus

Buenos Aires, 12. Juli. — Vierhundert Deutsche und Deutsch-Oesterreicher, zumeist Aerzte, Rechtsgelehrte und andere Standespersonen, befinden sich unter den Passagieren, die hier gestern auf dem Dampfer Frisia aus Amsterdam eintrafen. Seit Beginn des Krieges ist dieses die erste größere Einwanderung nach Argentinien.

Wetterbericht

Für Omaha und Umgegend — Teilweise bewölkt und fortgesetzt warm heute abend und Sonntag.

Für Nebraska—Allgemein schön heute abend und Sonntag. Wärmer im nördlichen Teile heute heute abend. Fortgesetzt warm am Sonntag.

Für Iowa—Etwas unbestimmtes Wetter, mit allgemein schön, heute abend und Sonntag. Etwas kühler in östlichen und zentralen Teilen. Wärmer im nördlichen Teile am Sonntag.